

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

c/o Cornelia Schiemanowski
Gustavstr. 49 a
46049 Oberhausen
Tel. 0208/807634 oder
cornelia_schi@web.de



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

An den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen
Herrn Daniel Schranz

Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen

15.04.2018

Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW: Biodiversität stärken - landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Stadt Oberhausen umweltgerecht bewirtschaften

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz,

angesichts des anhaltenden Artenschwunds bei Pflanzen und Tieren in der Agrarlandschaft und insbesondere auch bei Wildbienen und anderen Insekten halten wir es für dringend geboten, dass die Stadt Oberhausen im eigenen Entscheidungs- und Verantwortungsbereich alle Maßnahmen ergreift, der Zerstörung der biologischen Vielfalt zumindest auf den eigenen Flächen konsequent entgegenzuwirken.

Hierzu möchten wir anregen, den im Eigentum der Stadt befindlichen landwirtschaftlichen Flächen eine stärkere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen und ihre Verpachtung an ökologischen Kriterien auszurichten, die bei Neuverpachtung bzw. Verlängerung auslaufender Pachtverträge verbindliche Vertragsbestandteile werden.

Auf Anfrage der BUND-Kreisgruppe Oberhausen teilte uns die Stadt Oberhausen am 6.02.2018 neben anderen Auskünften schriftlich mit, dass sie Eigentümerin von rd. 58 ha landwirtschaftlichen Nutzflächen (28,2 ha Grünland, 29,7 ha Ackerland) ist und es in den Pachtverträgen z.B. keine Regelung zum Ausschluss von Pestiziden auf diesen Flächen gibt. Dieses gilt damit auch für den Wirkstoff Glyphosat, der bundesweit auf ca. 40% aller Ackerflächen eingesetzt wird und damit maßgeblich zum Artensterben in der Agrarlandschaft beiträgt.

Die Stadt Dortmund hat am 6.12.2017 beschlossen, bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge durch die Stadt die Pächter vertraglich zu verpflichten, auf die Verwendung von Glyphosat zu verzichten. Wir meinen, die Stadt Oberhausen sollte diesem vorbildlichen Beschluss folgen, den **Einsatz von Glyphosat auf stadteigenen Flächen untersagen** und darüber hinaus die Verpachtung ihrer Flächen aktiv nutzen, um den

Einsatz von Pestiziden und Herbiziden insgesamt im Stadtgebiet deutlich zu reduzieren. Auch die Stadt Bochum berät derzeit einen solchen Antrag, ebenfalls in Kürze auf BUND-Initiative hin die Städte Bottrop und Essen.

Weiterhin regen wir an, in die Pachtverträge für Ackerflächen die **Einhaltung einer mindestens 3-gliedrigen Fruchtfolge** verbindlich festzuschreiben. Dieses sollte im Sinne einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft zwar eine Selbstverständlichkeit sein, aber Unterschreitungen sind nicht auszuschließen. Ebenso empfehlen wir, verbindlich die **Anlage von Blühstreifen** entlang der Ackerränder aufzunehmen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass sowohl für eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung von Ackerflächen als auch von Dauergrünland Landwirte vielfach Mittel des Vertragsnaturschutzes beantragen können.

Der Rat und die Öffentlichkeit sollten einmal jährlich hierüber informiert werden, um so die weitere Entwicklung verfolgen zu können.

Wir sind gespannt auf Ihre Beratungen und stehen bei Rückfragen gerne bereit.

Für Ihre Mühe bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Schiemanowski, Sprecherin der BUND-Kreisgruppe Oberhausen